

A Daten zur Demografie, Bildung und zum Arbeitsmarkt

I. Demografische Entwicklung in Deutschland

Wir werden älter, bunter und weniger

81,8 Millionen Menschen leben in Deutschland; davon 41,7 Millionen Frauen und 40,1 Millionen-Männer. Von den 81,8 Mio. Menschen haben rund 14 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund (19,6 Prozent), davon sind 6,7 Millionen Ausländer, also ohne deutschen Pass und kommen zu 24,8 Prozent aus der Türkei, 7,7 Prozent aus Italien, 6,8 Prozent aus Serbien, Montenegro, Kosovo, 6 Prozent aus Polen, 4,2 Prozent aus Griechenland, 17,5 Prozent Zuwanderer aus den restlichen EU-Staaten und 29,8 Prozent aus den übrigen Staaten.

Die Lebenserwartung von Frauen liegt bei 82,4 Jahren und bei Männern bei 77,2 Jahren. Die durchschnittliche Geburtenrate beträgt 1,3 Kinder pro Frau, insgesamt wurden 551.330 Kinder geboren.

Von den 81,8 Millionen Menschen sind:

- 0-6 Jahre 5%
- 6-15 Jahre 8%
- 15-25 Jahre 11%
- 25-45 Jahre 27%
- 45-65 Jahre 28%
- 65 Jahre und älter 21%

13% jungen zwischen 0 und 15 Jahren stehen damit 21% Alte über 65 Jahren gegenüber

Prognosen für 2025

Im Jahr 2025 wird die Altersgruppe der unter 30-Jährigen um 16,5% zurückgehen. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird um 10 Prozent zurückgehen. Gleichzeitig wird die Zahl derer, die über 65 Jahre und älter sind, um 21 Prozent anwachsen.

Familien- und Lebensformen

Von den 23,8 Millionen Familien in Deutschland haben 8,4 Millionen Kinder unter 18 Jahren, davon waren 6,13 Millionen mit verheirateten Eltern, 0,69 Millionen lebten in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften, 1,4 Millionen Frauen waren alleinerziehend, 0,16 Millionen alleinerziehende Männer.

Die Zahl der Single-Haushalte wächst vor allem in den Städten. Mit Kindern lebt etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, 51 Prozent. In Ostdeutschland sind es nur noch 45 Prozent. Migrantinnen und Migranten haben im Durchschnitt mehr Kinder wie Deutsche. Sie leben häufiger in Ehen und heiraten jünger.

(Quellen: Der Fischer Weltalmanach 2011 und Bildung in Deutschland 2010)

II. Bildung

Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in Deutschland

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen wurden über 470 000 Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut. Dies entspricht einem Anteil von 23,0 Prozent an allen Kindern in dieser Altersgruppe. Fast 17% der Kinder in Kindertagesbetreuung haben einen Migrationshintergrund .

Während die Betreuungsquote in den west-deutschen Bundesländern bei 17,3 Prozent lag, war sie im Osten mit 48 Prozent fast dreimal so hoch; in Berlin waren 42,1Prozent der Kinder in Kindertagesbetreuung.

Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (55,9 Prozent), gefolgt von Brandenburg (51 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (50,7 Prozent). Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Rheinland-Pfalz mit 20,1 Prozent die höchste Betreuungsquote, gefolgt von Baden-Württemberg mit 18,3 Prozent.

Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren

Rund 1,91 Millionen Kinder besuchten eine Kindertageseinrichtung oder eine Tagesmutter bzw. Tagesvater. Dies entspricht einer bundesweiten Betreuungsquote von 92,2 %.

28 Prozent der Kinder hat einen Migrationshintergrund.

(Quelle: Kindertagesbetreuung regional 2011. Herausgeber: Statistische Ämter des Bundes und der Länder)

Schule, Ausbildung, Studium

Das Deutsche Schulsystem ist nach unserem Grundgesetz föderal strukturiert. Die Bildungskompetenz liegt bei den Ländern und nicht auf der nationalen Ebene.

Der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am BIP lag im Jahr 2008 bei 6,2 Prozent. Gemessen an seiner Wirtschaftskraft gibt Deutschland damit weniger für Bildung aus als der OECD Durchschnitt.

(Quelle: Bildung in Deutschland 2010, KMK, BMBF)

Ganztagsschulen¹

40% der Schulen des Primar- und Sekundarbereiches bieten einen Ganztagsbetrieb an.

25% der Grundschul Kinder (6-11 Jahre) werden ganztägig in einem schulischen oder außer-schulischen Betreuungsangebot betreut. Durch die hohe quantitative Bedeutung der Hortbetreuung in Ostdeutschland fallen die Gesamtbetreuungsquoten mit 73 % in den neuen und 19 % in den alten Bundesländern deutlich auseinander.

(Quelle: Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mai 2011)

Bildungsstand der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Schulbildung der Gesamtbevölkerung:

Momentan in Schulbildung:	3,7 %
Volks-/Hauptschulabschluss:	38,4 %
Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	27,9 %
Fachhochschul-/Hochschulreife	25,3 %
Ohne Schulabschluss	3,9 %

Beruflicher Bildungsabschluss der Gesamtbevölkerung bei Verlassen des Bildungssystems:

Lehre/ Berufsausbildung im Dualen System:	50,4 %
Fachschulabschluss	7,4 %
Fachhochschulabschluss	5,1 %
Hochschulabschluss	7,4 %
Promotion	1,1 %
Ohne beruflichen Bildungsabschluss	27,8 %

(Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, Zahlen von 2009)

¹ Ganztagsschulen sind laut Definition der Kultusministerkonferenz Schulen, „die an mindestens drei Tagen in der Woche ein mindestens sieben Zeitstunden umfassendes Angebot zur Verfügung stellen, an denen ein Mittagessen bereitgestellt, ein außerunterrichtliches Angebot organisiert wird und bei denen dieses Angebot in einem konzeptionellen Zusammenhang mit dem Unterricht steht.“

Aktuelle Schülerzahlen in Deutschland, allgemeinbildende Schulen

Vorschule, Kindergarten	0,3%
Grundschule	32,1%
Hauptschule	8,0%
Realschule	13,3%
Gymnasium	28,1%
Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschulen, Orientierungsstufe	12,3%
Förderschulen	4,3%
Sonstige (Freie Waldorfschulen, Abendschulen, Kollegs)	1,6%

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Schuljahr 2010/2011)

Die Schulabbrecher Quote, also die Schulabgänger eines Jahrgangs ohne einen Hauptschulabschluss, lag 2003 noch bei 8,9%. Seither ist sie kontinuierlich gesunken und lag 2009 bei 6,5%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Übergänge

- Übergänge in höher qualifizierende Schularten nehmen in der Tendenz zu: Weniger Hauptschüler mehr Gymnasiasten
- Anstieg der Studienanfängerzahl 2009, etwa 75% eines Studienberechtigtenjahrgangs nehmen ein Studium auf.
- Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium zu beginnen, ist deutlich größer, wenn zumindest ein Elternteil bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hat.

(Quelle: Bildung in Deutschland 2010, KMK, BMBF)

Studierende in Deutschland nach Studienfächern (Wintersemester 2009/2010)

Sprach- und Kulturwissenschaften	19,4%
Sport	1,3%
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	31,5%
Mathematik, Naturwissenschaften	17,7%
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	5,6%
Veterinärmedizin	0,4%
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	2,0%
Ingenieurwissenschaften	18,1%
Kunst, Kunstwissenschaft	3,8%
Sonstiges	0,1%

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Migranten im Bildungssystem

Die Bildungschancen in Deutschland hängen stärker als in vergleichbaren Ländern von der nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit und der sozialen Herkunft ab. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger an niedriger qualifizierenden Schularten zu finden. Sie sind selbst bei gleichem sozio-ökonomischen Status bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Im allgemeinbildenden Schulsystem schneiden junge Männer mit Migrationshintergrund am schlechtesten ab. Im Vergleich zu deutschen Jugendlichen haben etwa doppelt so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss.

(Quelle: Bildung in Deutschland 2010, KMK, BMBF und: Prekäre Übergänge vermeiden – Potentiale nutzen, herausgegeben von Friedrich-Ebert Stiftung, Juli 2011)

III. Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquote in Deutschland in Prozent, Juni 2011

Deutschland gesamt	6,9
Männer	6,8
Frauen	6,9
15 bis unter 25 Jahre	5,4
15 bis unter 20 Jahre	3,1
20 bis unter 25 Jahre	6,4
50 bis unter 65 Jahre	7,8
55 bis unter 65 Jahre	8,4
Ausländer	14,3
Deutsche	6,2

Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit von Jüngeren zwischen 20 und unter 25 liegt an Übergangsproblemen nach Abschluss der beruflichen Ausbildung. 20 bis 25-Jährige sind zwar häufiger Arbeitslos als Ältere, aber deutlich kürzer. Die niedrige Quote von Jüngeren unter 20 Jahren liegt daran, dass diese Altersgruppe stärker in das Bildungssystem ausweichen kann.

Die Situation auf den Ausbildungsstellenmarkt, gesamt Deutschland

Deutschland	2010/2011	Veränderung zum Vorjahresmonat	
		absolut	in%
Gemeldete Berufsausbildungsstellen	444.000	+ 40.000	9,9
darunter betriebliche	431.000	+42.000	10,8
unbesetzte Stellen	169.000	+24.000	16,6
Gemeldete Bewerber	473.000	-9.000	-1,8
Unversorgte Bewerber	183.000	-12.000	-6

B Politik der SPD zur Familie und Bildung

I. Unsere Politik in Regierungsverantwortung

Die SPD war von 1998 bis 2009 in Regierungsverantwortung, von 1998 bis 2005 stellte die SPD den Bundeskanzler. In dieser Zeit haben wir die politischen Rahmenbedingungen für Familien neu gestaltet. Wir haben beispielsweise für mehr Gleichstellung von Männern und Frauen gesorgt sowie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Weitere exemplarische Beispiele sind:

Flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuung

Gesetzliche Grundlagen:

- **Kinderförderungsgesetz**
Das Kinderförderungsgesetz (KiföG, seit 2009 in Kraft) soll den Ausbau des Betreuungsangebotes beschleunigen.
- **2013 Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz für Ein- bis Drei-Jährige**
Bis zum Jahr 2013 soll bundesweit für ca. 35 Prozent der unter drei Jährigen einen Betreuungsplatz geben. Der Rechtsanspruch wird für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt.

Finanzierung:

- Für den Ausbau stellt der Bund im Rahmen der **Kinderbetreuungsfinanzierung** vier Milliarden Euro bis 2013 zur Verfügung, für Betriebs- und Personalkosten
- Zusätzliche Mittel von 400 Mio. Euro von 2011 – 2014 durchgesetzt. Es sollen 4.000 Kitas mit dem Schwerpunkt „Sprache & Integration“ gefördert werden.
- Ab 2014 770 Mio. Euro pro Jahr.

SPD hat in der 15. und 16. Wahlperiode einen Wechsel in der Familienpolitik eingeleitet:

- 2007 Einführung eines Elterngeldes. Ein Jahr lang haben Mütter bzw. Väter, die Elternzeit nehmen, einen Anspruch auf Elterngeld(67 Prozent des Nettogehaltes). Zwei Partnermonate können zusätzlich genommen werden, um insbesondere Väter zu ermutigen, Elternzeit zu nehmen.
- Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren.
- „Masterplan-Ganztagsschule 2020“: Bis 2015 Ausbauziel von 19.000 Ganztageschulen und bis 2020 eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung, in Kooperation mit den Ländern.

II. Arbeitsprogramm der SPD-Bundestagsfraktion 2011-2013 im Bereich Bildung

1. Bildung für alle – von Anfang an
 - Weiterer Ausbau der Ganztagschulen mit besserer individueller Förderung
 - Bessere Qualität in den Kitas, Sprachförderung in den Kitas
 - Vollständige Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung
 - Der Schulabschluss muss jederzeit gefördert nachgeholt werden können

2. Mehr Geld für Bildung
 - Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen

3. Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)²
 - Das BAföG ist und bleibt das zentrale politische Mittel, um Chancengleichheit in der Bildung zu sichern
 - Schüler-BAföG ab der 11. Klasse
 - Förderung von Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengängen
 - Regelmäßige Anpassung des BAföGs an die Lebenshaltungskosten
 - BAföG Bezug auch für über 30-Jährige ermöglichen, um Ausbildungsberufen auch den Zugang zu Hochschule zu ermöglichen

4. Studieren in Deutschland
 - Keine Studiengebühren
 - Studienanfängerquote steigern, Zahl der Studienplätze erhöhen
 - Bundeseinheitliche Hochschulzulassung
 - Öffnung der Hochschulen: Mehr Fachkräfte sollen ohne Abitur studieren können

5. Berufsausbildung
 - Berufsausbildungsgarantie für alle über 20, die weder Abitur noch Berufsabschluss haben
 - Duale System stärken, Ausbildungsberufe modernisieren
 - Mehr Möglichkeiten die betriebliche Ausbildung mit einem Studium zu verbinden
 - Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte, um im Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchzusetzen

6. Weiterbildung
 - Ausbau der Weiterbildung, Rechtsanspruch auf Weiterbildung
 - Qualifikation von Migranten verbessern, einschließlich Sprachförderung
 - Möglichkeit der Fachhochschulreife für Berufsschüler, Universitäten öffnen

² Staatliche Förderungsmaßnahmen für die Ausbildung von Personen, um ihnen eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen, wenn den Auszubildenden die erforderlichen Mittel nicht anderweitig zur Verfügung stehen. (Brockhaus)

C Was machen der Deutsche Bundestag und die Fraktionen im Deutschen Bundestag um junge Menschen an Politik heranzuführen?

Programme des Deutschen Bundestags

- **Besuch beim Deutschen Bundestag auf Einladung des Abgeordneten**

Jeder der 621 Abgeordneten kann 230 Personen im Jahr, Schulklassen oder Gruppen, nach Berlin einladen. Die Gruppen erhalten ein Fahrtkostenzuschuss, nehmen an einem Plenar- oder Informationsbesuch teil und haben ein Gespräch mit dem einladenden Abgeordneten.

Außerdem kann jeder Abgeordnete drei Bundespresseamt-Fahrten (BPA-Fahrten), 3 Gruppen à 50 Personen, im Jahr durchführen. Zu den Programmpunkten zählen u.a. Besuch von Bundesministerien, Gedenkstätten, Stadtrundfahrten sowie die Teilnahme an einem Informations- bzw. Plenarbesuch und das Gespräch mit dem Abgeordneten.

- **Jugend und Parlament**

312 Jugendliche aus dem Bundesgebiet nehmen auf Einladung ihres Abgeordneten an dieser Veranstaltung teil. Jugend und Parlament ist die Großsimulation des Planspiels „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“.

- **Praktikum in den Abgeordnetenbüros**

SchülerInnen und StudentInnen können ein Praktikum im Abgeordnetenbüro absolvieren. Dies ist in Berlin als auch im Wahlkreis möglich. Im Rahmen des Programms "Berufsorientierung an Gymnasien" (BOGY) können SchülerpraktikantInnen im Zeitraum von ein bis drei Wochen ein Praktikum absolvieren.

- **Internationales Parlaments Stipendium (IPS)**

Das Internationale Parlaments-Stipendium ist ein Programm für junge Hochschulabsolventen aus Mittel-, Süd- und Südosteuropa, Israel, Frankreich und den USA, das in Kooperation mit den drei Berliner Universitäten durchgeführt wird. Die StipendiatInnen absolvieren ein sechsmonatiges Praktikum in den Bundestagsbüros, besuchen u.a. Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen, begleiten die Abgeordneten auf ausgewählten Terminen und unterstützen das Abgeordnetenbüro. 2011 gab es 115 Teilnehmer aus 27 Ländern.

- **Girls-Day**

Mädchen aus dem gesamten Bundesgebiet werden von den Abgeordneten nach Berlin eingeladen und erleben einen Tag lang Einblicke in die politische Arbeit des bzw. der Abgeordneten. Hintergrund ist: Viele Mädchen und junge Frauen interessieren sich nur für die sogenannten "Frauen-Berufe": Bürokräfte, Pflege und Betreuung, Friseurhandwerk und Geisteswissenschaften und nicht für die MINT-Berufe: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

- **Kindertage.**

An vier Kindertagen im Jahr können Schulklassen oder Gruppen mit Kindern im Alter von fünf bis 14 Jahren eine kindgerechte Führung durch das Reichstagsgebäude bekommen.

- **„Kuppelgucker“, Bundestagshomepage für Kinder.**

Das Onlineportal erklärt Kindern parlamentarische Abläufe verständlich. Per Mail kann Kontakt mit ihrer parlamentarischen Vertretung, der Kinderkommission, aufgenommen werden.

Politische Aktivitäten der Fraktionen des Deutschen Bundestages

- **Jugendpressetage**
Seit 2001 organisiert die SPD-Bundestag-Fraktion für junge SchülerzeitungsredakteurInnen im Alter von 16-25 Jahren den Jugendpressetag. Auf dem Programm stehen Treffen mit Bundestagsabgeordneten, mit Pressereferenten der SPD und VertreterInnen der Hauptstadt- und Landespresse.
- **Gewerkschaftsjunior/Innen**
Die SPD-Fraktion veranstaltet seit 2006 das Programm für die Gewerkschaftsjunior/Innen. Die Partei „Die LINKE“ macht 2011 das erste Mal mit. Die Altersspanne ist 18-35 Jahre. Zielgruppe: haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Die TeilnehmerInnen sollen Politik und die Arbeitsabläufe in den Abgeordnetenbüros und der SPD-Fraktion miterleben.

Exkurs: Beteiligung der Jugend in den Ländern

Koalitionsvertrag Baden-Württemberg:

SPD und Grüne beschreiben im Koalitionsvertrag in einem eigenen Kapitel „Teilhabe von jungen Menschen“ wie Beteiligungsrechte für Jugendliche gestärkt werden sollen: Kinder- und Jugendpolitik muss gemeinsam mit jungen Menschen gestaltet werden. Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sollen in der Gemeindeordnung verbindlich festgeschrieben werden. Jugendgemeinderäte bekommen ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat, das aktive Wahlalter wird auf 16 gesenkt.

Koalitionsvertrag Bremen:

Politik für junge Menschen muss offen und transparent gestaltet sein, auf Jugendliche zugehen und dort stattfinden, wo diese sich aufhalten, so SPD und Grüne im Bremer Koalitionsvertrag. Jugendliche brauchen mehr Partizipationsmöglichkeiten, insbesondere auf kommunaler Ebene, mehr Anerkennung und mehr Akzeptanz. Beteiligung kann über punktuelle Aktionen, repräsentative Formen wie die in Bremen etablierten Jugendbeiräte, offene Versammlungsforen oder projektorientierte Angebote erfolgen. Das Wahlalter in Bremen wurde von SPD und Grünen bereits auf 16 Jahre abgesenkt.

D Shell-Studie: „Jugend 2010“

16. Shell Jugendstudie: Jugend trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die heutige junge Generation in Deutschland bleibt zuversichtlich: Sie lässt sich weder durch die Wirtschaftskrise noch durch die unsicher gewordenen Berufsverläufe und -perspektiven von ihrer optimistischen Grundhaltung abbringen. Tatsächlich ist der Anteil der Optimisten sogar noch gestiegen. Die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Haushalten ist dagegen weiter gesunken. Die Kluft zwischen den Milieus hat sich mithin noch verstärkt.

Das ist das Ergebnis der 16. Shell Jugendstudie. Die Untersuchung wurde gemeinsam von den Bielefelder Sozialwissenschaftlern Professor Dr. Mathias Albert, Professor Dr. Klaus Hurrelmann und Dr. Gudrun Quenzel sowie einem Expertenteam des Münchner Forschungsinstitutes TNS Infratest Sozialforschung um Ulrich Schneekloth im Auftrag der Deutschen Shell verfasst. Dazu wurden Anfang des Jahres mehr als 2.500 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihren Glaubens- und Wertvorstellungen sowie ihrer Einstellung zur Politik befragt.

Anstieg im Optimismus, aber Verstärkung der sozialen Unterschiede

Gegenüber der letzten Shell Jugendstudie hat sich der Anteil der optimistischen Jugendlichen deutlich erhöht. 59 Prozent (2006: 50 Prozent) der Jugendlichen blicken ihrer Zukunft zuversichtlich entgegen, 35 Prozent äußern sich unentschieden und nur 6 Prozent sehen ihre Zukunft eher düster. Dagegen ist die Zuversicht von Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien rückläufig. Hier äußern sich nur noch 33 Prozent zuversichtlich. Diese soziale Kluft wird auch bei der Frage nach der Zufriedenheit im Leben deutlich: Während fast drei Viertel der Jugend im Allgemeinen zufrieden mit ihrem Leben sind, äußern sich Jugendliche aus unterprivilegierten Verhältnissen nur zu 40 Prozent positiv.

Bildung bleibt der Schlüssel in der Biographie

Auch weiterhin bleibt der Schulabschluss der Schlüssel zum Erfolg. In Deutschland hängt er so stark wie in keinem anderen Land von der jeweiligen sozialen Herkunft der Jugendlichen ab. Junge Leute ohne Schulabschluss finden seltener eine qualifizierte Arbeit oder eine Ausbildung. Entsprechend pessimistisch blicken Jugendliche, die sich unsicher sind, ihren Schulabschluss zu erreichen, auch in die Zukunft. Zu Ausbildung und Berufseinstieg hat sich die Einstellung der Jugendlichen klar verbessert. 76 Prozent der Auszubildenden glauben, nach der Ausbildung übernommen zu werden. 71 Prozent der Jugendlichen sind überzeugt, sich ihre beruflichen Wünsche erfüllen zu können. Bei den Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen sind es hingegen nur 41 Prozent.

Ungebrochen ist der geschlechtsspezifische Trend beim Thema Bildung: Wie sich bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts gezeigt hatte, haben junge Frauen ihre Altersgenossen bei der Schulbildung überholt und streben häufiger bessere Bildungsabschlüsse an.

Familienorientierung bei Jugendlichen auch weiterhin hoch im Kurs

Die Bedeutung der Familie für Jugendliche ist ein weiteres Mal angestiegen. Mehr als drei Viertel der Jugendlichen (76 Prozent) stellen für sich fest, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können. In Zeiten, da die Anforderungen in Schule, Ausbildung und den ersten Berufsjahren steigen, findet der Großteil der Jugendlichen bei den Eltern Rückhalt und emotionale Unterstützung. Mehr als 90 Prozent der Jugendlichen haben ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern. Auch mit deren Erziehungsmethoden sind die meisten einverstanden. Fast drei Viertel aller Jugendlichen würden ihre eigenen Kinder so erziehen, wie sie selber erzogen wurden. Fast drei Viertel aller Jugendlichen wohnen noch bei ihren Eltern – insbesondere weil es kostengünstig und bequem ist.

Wieder zugenommen hat der Wunsch nach eigenen Kindern. 69 Prozent der Jugendlichen wünschen sich Nachwuchs. Erneut äußern junge Frauen (73 Prozent) diesen Wunsch häufiger als junge Männer (65 Prozent).

Die Jugend ist online

Auch das Freizeitverhalten der Jugendlichen unterscheidet sich je nach sozialer Herkunft. Während sich Jugendliche aus privilegierten Elternhäusern verstärkt mit Lesen und kreativen Tätigkeiten befassen und vielfältige soziale Kontakte pflegen, sind Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien vornehmlich mit Computer und Fernsehen beschäftigt. Allen gemeinsam ist jedoch eines: Fast alle Jugendlichen (96 Prozent) haben mittlerweile Zugang zum Internet. Nicht nur die Zahl der Internetnutzer ist damit gestiegen, sondern auch die Zahl der Stunden, die Jugendliche im Netz verbringen: im Schnitt fast 13 Stunden pro Woche.

Bei der Art der Nutzung des Internets zeigt sich erneut eine soziale Spaltung – insbesondere bei den männlichen Nutzern. Die Gamer (24 Prozent der Jugendlichen mit Netzzugang) – vor allem jüngere männliche Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien – verbringen ihre Zeit im Netz hauptsächlich mit Computerspielen. „Digitale Netzwerker“ (25 Prozent) – vor allem jüngere weibliche Jugendliche – nutzen vor allem die sozialen Netzwerke (Facebook, StudiVZ). Für „Funktions-User“ (17 Prozent) – eher ältere weibliche Jugendliche – ist das Internet Mittel zum Zweck: Sie gebrauchen es für Informationen, E-Mails und Einkäufe von zu Hause aus. Die „Multi-User“ (34 Prozent) – eher ältere männliche Jugendliche aus den oberen Schichten – nutzen schließlich die gesamte Bandbreite des Netzes mit all seinen Funktionalitäten. Zum Thema Internet bietet die Shell Jugendstudie seit 2002 kontinuierlich Ergebnisse.

Interesse an Politik steigt wieder leicht an

Auch wenn das politische Interesse bei Jugendlichen weiterhin deutlich unter dem Niveau der 1970er und 1980er Jahre liegt, ist der Anteil der politisch Interessierten wieder leicht angestiegen. Ausschlaggebend dafür sind die mittleren und gehobenen Schichten und die Jüngeren. Bei den 12- bis 14-Jährigen hat sich das Interesse binnen der letzten acht Jahre mit 21 Prozent nahezu verdoppelt, bei den 15- bis 17-Jährigen stieg es von 20 Prozent auf 33 Prozent.

In ihrer politischen Ausrichtung ordnet sich die Mehrheit der Jugendlichen weiterhin links von der Mitte ein. Auch beim Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen hat sich wenig geändert: Hohe Bewertungen gab es für Polizei, Gerichte, Bundeswehr sowie Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen, niedrige für die Regierung, die Kirche, große Unternehmen und Parteien. Als Folge der letzten Rezession zeigen Jugendliche neuerdings einen ausgeprägten Missmut gegenüber Wirtschaft und Finanzen. Dabei hat das Vertrauen in Banken am meisten gelitten.

Trotz allgemeiner Politik- und Parteienverdrossenheit sind Jugendliche durchaus bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, insbesondere dann, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist. So würden 77 Prozent aller jungen Leute bei einer Unterschriftenaktion mitmachen. Immerhin 44 Prozent würden auch an einer Demonstration teilnehmen. Hier zeigen sich Mädchen aktivitätsbereiter als Jungen.

Mehr soziales Engagement und Verständnis für Ältere

Im Vergleich zu den Vorjahren sind immer mehr Jugendliche sozial engagiert: 39 Prozent setzen sich häufig für soziale oder gesellschaftliche Zwecke ein. Auch hier zeigen sich soziale Unterschiede. Aktivität und Engagement sind bildungs- und schichtabhängig. Je gebildeter und privilegierter die Jugendlichen sind, desto häufiger sind sie im Alltag aktiv für den guten Zweck.

Die alternde Gesellschaft in Deutschland betrachten Jugendliche auch weiterhin als Problem. Mehr als die Hälfte sehen das Verhältnis zwischen Jung und Alt als eher angespannt an. Dennoch zeigen immer mehr Jugendliche Respekt vor der älteren Generation und Verständnis für deren Lebensweise. Das zeigt sich auch bei der Frage nach der Verteilung des Wohlstands zwischen Jung und Alt. 47 Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, diese sei gerecht. Nur noch 25 Prozent fordern, dass die Älteren ihre Ansprüche reduzieren sollen.

Globalisierung zumeist positiv bewertet

Mit Globalisierung verbinden 84 Prozent der Jugendlichen an erster Stelle die Freiheit, in der ganzen Welt reisen, studieren oder arbeiten zu können. Zunehmend wird die weltweite Verflechtung allerdings auch mit wirtschaftlichem Wohlstand in Verbindung gebracht. Im Jahr 2006, also noch vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, haben nur 37 Prozent diese Verbindung hergestellt, 2010 schon 53 Prozent. Gleichzeitig wird Globalisierung jedoch auch viel häufiger mit Umweltzerstörung assoziiert. Generell lassen sich drei unterschiedliche Profile ausmachen: Globalisierungsbefürworter, Globalisierungsgegner und Globalisierungs-Mainstream. Globalisierungsbefürworter sehen in der Globalisierung vor allem die Chance auf wirtschaftlichen Wohlstand, Frieden und Demokratie. Globalisierungsgegner erkennen in ihr mehrheitlich Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Unterentwicklung. Beim kritisch-differenziert bewertenden Globalisierungs-Mainstream halten sich Vor- und Nachteile der fortschreitenden Globalisierung die Waage.

Großes Problem Klimawandel

Ein Thema, das Jugendliche heutzutage besonders stark bewegt, ist der Klimawandel. 76 Prozent halten ihn für ein großes oder sogar sehr großes Problem. Zwei von drei Jugendlichen sehen durch das sich verändernde Klima die Existenz der Menschheit bedroht. Kritiker des Klimawandels geben den reichen Industrieländern die Schuld für die ökologischen Veränderungen. Die Klimaoptimisten, auch wenn sie den Klimawandel problematisch finden, halten die öffentliche Darstellung jedoch für übertrieben. Die fatalistischen Beobachter gehen fast zur Hälfte davon aus, dass es bereits zu spät sei, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen.

Ein Teil der Jugendlichen zieht inzwischen persönliche Konsequenzen und achtet auf ein umweltbewusstes Verhalten. Immerhin jeder zweite spart im Alltag bewusst Energie, 44 Prozent versuchen, häufiger mit dem Fahrrad zu fahren und das Auto stehen zu lassen, und 39 Prozent entscheiden sich für ein kleineres Auto mit geringerem Verbrauch. Besonders klimakritische junge Leute engagieren sich darüber hinaus zunehmend für den Umweltschutz.

Religion weiter im Abseits

Weiterhin spielt Religion für die Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland nur eine mäßige Rolle. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen drei sehr verschiedenen religiösen Kulturen: Während Religion für junge Menschen in den neuen Bundesländern zumeist bedeutungslos geworden ist, spielt sie in den alten Bundesländern noch eine mäßige Rolle. Mittlerweile ist Gott nur noch für 44 Prozent der katholischen Jugendlichen wichtig. Ganz anders sieht es hingegen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus: Sie haben einen starken Bezug zur Religion, der in diesem Jahrzehnt sogar noch zugenommen hat.

Pragmatisch, aber nicht angepasst

Die Werte und Lebenseinstellungen von Jugendlichen sind weiterhin pragmatisch: Der persönliche Erfolg in einer Leistungs- und Konsumgesellschaft ist für Jugendliche von großer Wichtigkeit. Leistung ist jedoch nicht alles: Auch wenn Fleiß und Ehrgeiz für 60 Prozent der Jugendlichen hoch im Kurs stehen, darf der Spaß nicht zu kurz kommen: 57 Prozent wollen ihr Leben intensiv genießen. Optimistisch und mit ihrer Lebenssituation zufrieden, geht es ihnen nicht nur um ihr persönliches Vorankommen, sondern auch darum, ihr soziales Umfeld aus Familie, Freunden und Bekannten zu pflegen. Viele interessieren sich dafür, was in der Gesellschaft vor sich geht.

Die jungen Leute fordern gerade heute sozialmoralische Regeln ein, die für alle verbindlich sind und an die sich alle halten. Eine funktionierende gesellschaftliche Moral ist für sie auch eine Voraussetzung, ihr Leben eigenverantwortlich und unabhängig gestalten zu können. 70 Prozent finden, man müsse sich gegen Missstände in Arbeitswelt und Gesellschaft zur Wehr setzen.

Methodik und Tradition der Studie

Bereits seit 1953 beauftragt Shell in Deutschland unabhängige Forschungsinstitute mit der Erstellung von Studien, um Sichtweisen, Stimmungen und Erwartungen von Jugendlichen zu dokumentieren. Die Shell Jugendstudie, die mittlerweile schon zum 16. Mal herausgegeben wurde, präsentiert nicht nur eine aktuelle Sicht auf die Jugendgeneration, sondern gibt auch konkrete gesellschaftspolitische Denk- und Diskussionsanstöße. Als Langzeitberichterstattung ermöglicht sie es, Entscheidern eine Grundlage für gesellschaftliches und politisches Handeln bereitzustellen. Mit diesem fortwährenden Engagement für die Jugendforschung nimmt Shell in Deutschland seit Jahrzehnten die Möglichkeit wahr, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

(Pressemitteilung der Deutschen Shell Holding GmbH vom 14. September 2010)

E Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

I. Was ist Engagement?

Demokratie kann nur erfolgreich funktionieren, wenn sie vom demokratischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle mit ihren Ideen und einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen.

Die Bürgergesellschaft ist Ort gesellschaftlicher Integration im Sinne von Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben. Bürgerschaftliches Engagement und die Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen füreinander schaffen gesellschaftlichen Zusammenhalt; der Staat allein kann dies nicht leisten.

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter: die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen und politische Partizipation gehören ebenso dazu wie das klassische Ehrenamt und das Stiften und Spenden von Geld. Ob in der Schule, in der Kindertageseinrichtung und in Elterninitiativen, im Sport- und Musikverein, in der Kultur, in der Arbeit mit Jugendlichen wie Senioren, in Hospizen oder Pflegeheimen, in Jugendorganisationen, in Bürgervereinen, Stadtteilinitiativen oder in der Lokalen Agenda, in Umweltprojekten, bei der Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz bis hin zu Kirchengemeinderäten, Gewerkschaften oder Parteien – über 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Deutschland auf vielfältige Art.

II. Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

- **Jugendliche sind nach wie vor die aktivste Gruppe** in der Gesellschaft. Sie beteiligen sich im Sport, in der Musik, bei schulischen und außerschulischen Aktivitäten, in kirchlichen und anderen Jugendgruppen.
- Das freiwillige **Engagement Jugendlicher ging zwischen 1999 und 2009 leicht zurück**, während sich die älteren Bürger und Personen mittleren Alters verstärkt engagierten.
- **Jugendliche Engagierte verwenden weniger Zeit auf ihr Engagement**, es bleibt aber eine verbindliche zeitliche wie emotionale Größe in ihrem Leben. **Zunehmende Zeitknappheit** ist ein Grund für geringeres Engagement Jugendlicher. Ganztagschulen, verkürzte Ausbildungszeiten in Schule und Studium setzen vor allem Gymnasiasten und Studierende unter Druck.
- **Bestimmte Gruppen Jugendlicher sind im freiwilligen Engagement stark unterrepräsentiert.** Insbesondere und mit zunehmendem Maße Jugendliche mit **niedrigem Bildungsstatus**. Sie engagieren sich immer seltener, obwohl gerade sie von den Lernchancen im Engagement profitieren könnten.
- **Jugendliche mit Migrationshintergrund** sind unverändert seltener engagiert als deutsche Jugendliche und haben wenig Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sie wären aber in hohem Maße zum Engagement bereit.
- **Junge Frauen vom Alter ab 20 Jahren halten sich zurück**, wenn es um freiwilliges Engagement geht, offenbar weil sie sich vor der Familienphase stärker auf ihren beruflichen Werdegang konzentrieren und nehmen damit quasi die Vereinbarkeitsproblematik vorweg.
- **Negative Auswirkungen auf die Engagement-Quote Jugendlicher hat die regionale Mobilität** junger Menschen. Dies hat Konsequenzen für die soziale Einbindung am Wohnort und damit auch für das freiwillige Engagement.
- Trotz problematisch wirkender Einflussfaktoren hat das freiwillige Engagement Jugendlicher keinen großen Schaden genommen. **Das geringere Engagement einiger Gruppen wird durch andere teilweise aufgefangen.** Nach wie vor ist die prinzipielle Bereitschaft Jugendlicher, sich zu engagieren, sehr hoch. Sie hat sogar noch zugenommen.

Aktivität und freiwilliges Engagement Jugendlicher im Alter von 14-24 Jahren nach Tätigkeitsfeld

Form	Aktive Mitglieder	Engagierte mit Funktion oder Aufgabe in einer Organisation
Sport und Bewegung	53%	12%
Freizeit und Geselligkeit	25%	3%
Schule und Kindergarten	14%	6%
Kirche und Religion	16%	7%
Kultur und Musik	20%	5%
Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste	8%	4%
Jugend und Bildung	10%	4%
Sozialer Bereich	8%	3%
Umwelt,- Natur- und Tierschutz	8%	2%
Politik	4%	2%
Bürgerschaftliche Aktivität	3%	1%
Gesundheit	4%	1%
Berufliche Interessenvertretung	4%	1%

(Quelle: Bertelsmann-Studie „Jugend in der Zivilgesellschaft“; Zahlen: Picot – Sozialwissenschaftliche Projekte & TNS Infratest Sozialforschung, Stand 2009)

III. Besondere Formen des Bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligendienste

Unter dem Begriff „Freiwilligendienst“ wird eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen verstanden. Zwischen den einzelnen Freiwilligendiensten sind deutliche Unterschiede hinsichtlich der Förderung, der rechtlichen Absicherung und der Rahmenbedingungen vorhanden. Allen Zugängen und Definitionen der Freiwilligendienste ist jedoch gemein, dass sie gleichzeitig dem gesellschaftlichen Engagement und der persönlichen Bildung der Freiwilligen dienen, Identität stiften, Gemeinschaft fördern und dafür nur solche Tätigkeiten in Frage kommen, die keine Erwerbsarbeitsplätze ersetzen.

Die gesetzlichen Regelungen und die Rahmenbedingungen zur Förderung und Stärkung der Freiwilligendienste hat die SPD in ihrer Regierungszeit weiter verbessert. So können beispielsweise seit 2002 Freiwilligendienstleistende ihren Dienst um 6 Monate verlängern. 2008 hat der Gesetzgeber die Gesetze für ein FSJ und für ein FÖJ in einem gemeinsamen Gesetzesrahmen zusammengeführt und die rechtlichen Rahmenbedingungen vereinheitlicht.

Jugendfreiwilligendienste

Jugendfreiwilligendienste können im Inland und im Ausland geleistet werden. Junge Freiwillige zwischen 15 und 27 Jahren werden 6 bis 24 Monate in gemeinwohlorientierten Einrichtungen (Einsatzstellen) von Krankenhäusern über Kindertagesstätten bis hin zu Naturschutzstationen und kulturellen Einrichtungen zusätzlich zu den hauptberuflichen Fachkräften eingesetzt. Freiwilligendienste ersetzen dabei keine Erwerbsarbeitsplätze und sind von Pflicht- und Zivildienst klar zu unterscheiden. Freiwilligkeit ist ein wesentliches Merkmal der Jugendfreiwilligendienste. Im Jahr 2010 haben rund 25.000 Jugendliche einen Freiwilligendienst absolviert.

Bundesfreiwilligendienst

Nach dem Wegfall des Zivildienstes, dem Ersatzdienst für den Militärdienst, ist mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) nun noch ein weiterer Freiwilligendienst entwickelt worden, der auch für Altersgruppen über 27 Jahre (mit mindestens 20 Wochenstunden) attraktiv sein soll.

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Ein Großteil der Freiwilligendienste richtet sich fast ausschließlich an Jugendliche und junge Erwachsene, wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). FSJ und FÖJ sind Bildungs- und Orientierungszeit für Jugendliche mit unterschiedlichem Bildungshintergrund. Sie sind kein Pflichtdienst. Im Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenphase eröffnen Jugendfreiwilligendienste jungen Menschen die Chance persönlicher und beruflicher Orientierung. Sie ermöglichen neue Lernerfahrungen, vermitteln wichtige fachliche, soziale und interkulturelle Fähigkeiten. Jugendfreiwilligendienste stärken Selbstständigkeit, Selbstbewusstsein sowie Verantwortungsbewusstsein. Durch die Verknüpfung von informeller Bildung und der Übernahme konkreter gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung sind sie seit vielen Jahrzehnten wichtige Lernorte zwischen Schule und Beruf. Aus diesem Grund werden das FSJ und das FÖJ sowie andere Freiwilligendienste vom Bund gefördert und unterstützt.